

09.03.2017

Niederschrift 001/2017

Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung

am 22.02.2017 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Martin Wiggermann

Kreistagmitglieder SPD

Frau Martina Eickhoff

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Herr Jürgen Kerl

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Vertretung für Herrn Hartmut Ganzke
anwesend bis 16.30 Uhr

Vertretung für Frau Sabina Müller

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Klaus-Peter Winkler

Kreistagmitglieder CDU

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Herbert Krusel

Herr Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Frau Martina Plath

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Friedhelm Mennicken

Vertretung für Herrn Stephan Wehmeier
anwesend ab 16.15 Uhr und bis 17.05 Uhr

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Peter Büttner

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Werner Sell

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Markus Werthebach

Sachkundige Bürger/innen FW

Herr Thomas Cieszynski

Vertretung für Herrn Helmut Stalz

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Andreas Wette

anwesend bis 16.30 Uhr

Zuhörer/innen im nichtöffentlichen Teil

Frau Kerstin Philipps, Steuerungsdienst

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent

Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter

Herr Olaf Steuber, Stabsstellenleiter

Frau Birgit Diers, Schriftführerin

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 09.02.2017 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 018/17 | Jahresbezogenes Ergebnis 2016 im SGB II |
| Punkt 3 | 019/17 | Umsetzung des Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" und "Jugendberufsagenturen" im Kreis Unna |
| Punkt 4 | 020/17 | Eckpunkte des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogrammes 2017 des Jobcenters Kreis Unna |
| Punkt 5 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
| Punkt 5.1 | 034/17 | Abruf von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds ESF;
Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.02.2017 |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|------------------------|
| Punkt 6 | | Prüfung des Jobcenters |
|----------------|--|------------------------|

Punkt 6.1 016/17 Prüfkonzert zur Prüfung des Jobcenters

Punkt 6.2 Erste Prüferfahrungen und -feststellungen;
mündlicher Bericht

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 018/17 Jahresbezogenes Ergebnis 2016 im SGB II

Erörterung

Herr Ringelsiep erläutert die Drucksache und teilt mit, dass man von einem guten Gesamtergebnis sprechen könne. Nicht abgebildet sei das Ergebnis der zweimal jährlich vom Bund durchgeführten Befragung zur Kundenzufriedenheit. Abgesehen von der Zufriedenheit mit dem Arbeitsmarktangebot hätte sich das Jobcenter im Bereich der Kundenzufriedenheit deutlich verbessert. Problematisch seien die hohen Arbeitsrückstände im Bereich der Widerspruchsstelle. Auch der Bereich Integration von schwerbehinderten Menschen gestalte sich problematisch. Mit diesen Bereichen bzw. Problemen wolle man sich künftig intensiv auseinandersetzen.

Für das gute Ergebnis spricht Frau Lindstedt im Namen der SPD-Fraktion dem Jobcenter Kreis Unna Anerkennung aus.

Herr Wiggermann führt aus, dass der Kreis Unna bei einem landesweiten Vergleich der Jobcenter, auch bei nicht unbedingt vergleichbaren, dennoch einen guten Platz belege.

Herr Wiggermann sagt zu, dass der Bitte von Herrn Nadolski-Voigt, in der nächsten Sitzung deutlicher und detaillierter zur Integrationsquote zu berichten, entsprochen werde.

Die Drucksache 018/17 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 019/17 Umsetzung des Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" und "Jugendberufsagenturen" im Kreis Unna

Erörterung

Herr Göpfert gibt eine kurze Einführung in die Thematik: Im Sommer 2016 hätten sich die Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebietes in einer Initiative schriftlich an die Bundeskanzlerin gewandt und die besonderen Bedürfnislagen dieser Region dargelegt. Dabei habe man den Fokus insbesondere auf Menschen mit Langzeitleistungsbezug des SGB II bzw. auf die Langzeitarbeitslosen gelegt. Vor dem Hintergrund, in diesen Bereichen nachhaltig erfolgreich zu sein, habe man sich im Herbst zur Nutzung und Erweiterung des Bundesprogramms „Sozialer Arbeitsmarkt“ entschlossen und 400 zusätzliche Plätze beantragt, was für den Kreis Unna insgesamt 700 Plätze bedeute.

Herr Ringelsiep äußert, dass eine Umsetzung nicht einfach sei. Sollte das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ gut umsetzbar sein, dann brächte es immerhin 25,5 Millionen Euro in diese Region. Zunächst wolle man Familien mit einem Kind in Arbeit bringen. Das stufenweise aufgebaute Programm starte jeweils zu Beginn eines Monats, letzter Start: Juni 2017. Sollte ein Anbieter, z.B. eine Stadt oder ein caritativer Träger, eine zusätzliche, wettbewerbsneutrale und im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeit eines Kunden beschreiben können, könne der zu zahlende Mindestlohn zu 100 Prozent, einschließlich Arbeitgeberleistungen, erstattet werden. Seine Kosten bezögen sich in diesem Fall nur auf die Kosten der Personalverwaltung. Darüber hinaus bestehe die Möglichkeit, über die Landesförderung für die Betreuung dieses Kunden, einen monatlichen Betrag von 200 Euro zu erhalten. Ergänzend werde das „Coaching“ ausgeschrieben, denn darüber könnten weitere Geldeinnahmen generiert werden. Das „Coaching“ Sorge für eine Stabilisierung des Kunden. Zurzeit würden unterschiedliche Gespräche innerhalb der Konzernstrukturen Kreis Unna sowie der Konzernstrukturen der Städte und Gemeinden des Kreises Unna geführt.

Die SPD-Fraktion begrüßt das Programm. Es stelle aber nur einen ersten Schritt dar, so Herr Hebebrand, und es müsse weiterentwickelt werden, um ein langfristiges Regelinstrument zu erhalten, damit Personen in den normalen Arbeitsmarkt integriert werden könnten.

Herr Meyer verstärkt die lobenden Worte von Frau Lindstedt und äußert, dass das erste Programm zur sozialen Teilhabe am Arbeitsmarkt sehr gut gelungen sei. Er sei zuversichtlich, dass das zweite Programm ebenso gut gelinge. Für Herrn Ringelsiep und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stelle es eine anspruchsvolle Aufgabe dar. Sein Lob richte sich ausdrücklich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in diesem Bereich mit einem so großen Engagement einsetzen. Er sehe das Programm nicht nur temporär, sondern könne sich vorstellen, dass sich selbst bei keiner Veränderung der Rahmendaten für einige Personen ein nachhaltiger Effekt ergebe.

Es handele sich um ein sehr ambitioniertes Projekt, so Herr Nadolski-Voigt. Er denke an die bereits durchgeführten, ähnlich gelagerten Programme und wünsche sich mehr Effizienz. Um eine Effektivität nachhaltiger Programme zu erreichen, müssten diese langfristig gefördert werden. Aber das läge ebenfalls nicht in kommunaler Hand.

Herr Lauschner hält das Programm ebenso für sehr ambitioniert und fragt Herrn Ringelsiep, wie die örtliche Politik ihn bei der Umsetzung unterstützen könne.

Herr Ringelsiep antwortet, dass noch rund 180 Plätze zu besetzen seien. Sofern jemand Kontakte bzw. Möglichkeiten, zum Beispiel in den Bereichen Umweltschutz, Kindergärten, Schulen, Busbegleitung in seiner Stadt oder Gemeinde erkenne, könne über sein Sekretariat ein Gesprächstermin vereinbart werden.

Herr Wiggermann ergänzt, dass vor der Bewilligung dieser Mittel bundesweit Mittel aus den Eingliederungsleistungen entnommen worden seien. Im Vergleich zu dem, was zuvor abgezogen worden sei, fließe nun der siebenfache Anteil in den Kreis Unna zurück. Er habe eine positive Sichtweise auf das Ganze und erwarte, dass man sich einer Besetzung von 400 Plätzen nähere.

Herr Ringelsiep berichtet zur Thematik „Jugendberufsagenturen im Kreis Unna“. Mit acht Städten und Gemeinden seien bereits Verträge abgeschlossen worden. Das Ziel sei die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit. Eine Umsetzung werde nur möglich, wenn alle Beteiligten intensiv und gut zusammenarbeiteten. Der Bundesgesetzgeber hätte bereits mit neuen gesetzlichen Regelungen geholfen. Man könne künftig verstärkt in Motivationsaktionen eintreten.

Herr Göpfert führt aus, dass man sich in bestimmten Rechtskreisen bewege, das Jobcenter überwiegend im SGB II, die Jugendhilfe im SGB VIII und die Bundesagentur im SGB III. Er weist an dieser Stelle darauf hin, dass Herr Helm von der Bundesagentur an der heutigen Sitzung leider nicht teilnehmen konnte. Die Jugendberufsagenturen bildeten einen wichtigen Baustein für die Jugendarbeit. Anzuführen sei hier die Berufsorientierung bzw. die Berufswahl. Vielleicht könne man künftig mit den Eltern intensiver zusammenarbeiten zum Wohle der Kinder und zum Wohle der Eltern. Die Vorbildfunktion der Eltern lasse sich stärken, indem sie einen Arbeitsvertrag abschließen. Dadurch wäre eine Tagesstruktur möglich und sie erführen auch Wertschätzung. Und selbst den Kindern könnten bessere Chancen ermöglicht werden; man müsse nur aus Sicht der Kinder denken.

Die Drucksache 019/17 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 020/17 Eckpunkte des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogrammes 2017 des Jobcenters Kreis Unna

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt bezieht sich auf Nr. 5 der „Geschäftspolitischen Handlungsfelder“ (Anlage zur Drucksache) und bittet um eine entsprechende Erläuterung.

Herr Ringelsiep führt aus, dass es sich bei den in den Arbeitsmarkt integrierten Flüchtlingen in den seltensten Fällen um Akademiker handele. Die Aufgabe des Jobcenters liege darin, über Vermittlungsgespräche oder Fachdienste, wie zum Beispiel Psychologische Dienste, das entsprechende Potential dieser Personengruppe herauszufiltern. Vorhandenes Potential werde gezielt gefördert, das Sprachdefizit ausgeglichen und man versuche, in eine normale Ausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. In den Fällen, in denen sich kein Potential abzeichne, sei das Berufsziel zunächst der sogenannte „Helferarbeitsmarkt“. Im letzten Jahr hätten 14 Prozent der anvertrauten Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Problematisch sei der vorhandene extrem schwierige Ausbildungsmarkt. Rechnerisch gäbe es für zehn Jugendliche sechs Ausbildungsplätze und aktuell käme rund ein Drittel der geflüchteten Menschen für den Ausbildungsmarkt in Frage. Kurzfristige Erfolge erkenne er für diesen Bereich nicht.

